

Saale-Zeitung

Sechszwanzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Expeditionen oder beim Raum mit 20 Pfg., solche ohne Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von untern Annahmestellen und allen Filialen-Expeditionen angenommen.

Bezugspreis

Die Halle vierteljährlich 2,50 M., drei monatlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Sie die Redaktion verantwortlich: Max Schanze in Halle. Vorverkauf von 10% bis 12 1/2 Uhr. (Herausgeber: Redaktion Nr. 2532. - Expedition Nr. 170.)

Nr. 290.

Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 24. Juni

1903.

Graf Wälow am Scheidewege.

Aus Berlin erhalten wir folgende zwar nicht in allem mit unseren Ansichten übereinstimmende aber immerhin interessante Zuschrift:

Der Ausfall der Wahlen ist in Berlin an den entscheidenden Stellen keineswegs so gefahren aufgenommen worden, als es nach dem, was bisher bekannt geworden ist, den Ansichten hätte. Es ist allerlei vorgegangen; Gesamtnestalt: Graf Wälow sitzt in der ersten Reihe der Partei im Sattel. Man kann das vom Gesichtspunkt des Staatsinteresses aus nur beklagen, muß es beklagen auch dann, wenn man, wie wir, der Ansicht ist, daß das Auscheiden des Grafen an sich keineswegs im Interesse des Staates liegen würde. Daß die Kräfte keine größeren Wellen gegen ihn, läßt die Vermutung zu, daß sie darüber gegangen ist, ohne eine Klärung der Situation zu bringen, und man kann hieraus schließen, daß in der alten Weise fortgewirkt werden soll, daß Graf Wälow die Gelegenheit nicht benutzt hat, unter Daranstellung seines Parteiführers sich denjenigen Grad von Selbstständigkeit, die die Eiderherren vor Erörtern seiner Politik auszubringen, deren ein leitender Staatsmann bedarf. Es ergeht ferner nicht ausgeschlossen, daß auch weiterhin im Staatsministerium Klänge für Novaleurs offen gehalten werden sollen. Wenn, wie behauptet wird, das einzige Ergebnis der Erfahrungen vom 16. Juni die Verurteilung eines inoffiziellen und eines offiziellen Parteiführers in Höhe Staatsrats wäre, so kann man sich nur fragen, ob denn wirklich allgemeine Unzufriedenheit gegenüber der tatsächlichen Lage der Dinge vorliegt. Sollte Graf Wälow unter derartigen Voraussetzungen in der Tat geblieben sein, so könnte man das nur bedauern, wenn er auch ferner die Amwürter, die für seinen Fall in Betracht kommen, weit aus überträgt. Der Reichstagsler ist ein Mann von umfassendem Wissen und hoher Intelligenz. Er ist ein moderner Mensch, und das ist kein großer Vorzug, so spätlich das Wort in der Polemik gegen ihn auch gebraucht worden sein mag. Die Fehler, die seiner Politik zum Vorwurf gemacht werden, sind nicht immer seine Fehler. Seine Fehler sind lediglich seine Schwächen und Unzulänglichkeiten, die in der Hoffnung auf einen glücklicheren Ausgang zu entschuldigen. Für den Augenblick geht aus dem Wege ab, die es auch möglich machen, daß ihm allerlei Kundendienst ins politische Reich gebietet werden. Und darum muß man ihn warnen: Graf, werde hart! Nur, wenn er diese Warnung auch jetzt noch unberücksichtigt lassen sollte, würde man sich der Erkenntnis nicht entziehen können, daß auch sein Regiment eine Miete bleiben würde.

Die innerpolitische Situation für die nächste Zeit ist klar und durchsichtig, der Ausfall der Stichwahlen ist nur dann von Interesse, wenn man auf die innere Zusammenhänge der entscheidenden Wahlen des künftigen Reichstags besonderes Gewicht legt. Im allgemeinen wird, wie wir schon ausgesprochen haben, mit dem neuen Reichstag für eine Regierung, die das Zentrum zu behandeln weiß, zu arbeiten sein; die Handelsverträge werden sogar leichter als im alten Reichstag, in dem die sehr agrarische Rechte noch Einfluss hatte, durchgehen, und auch neue Steuern sowie Militär- und Marineforderungen werden bewilligt werden. In dieser Hinsicht liegt die nächste Arbeit liegt, je nach den Wünschen des leitenden Staatsmannes, das Günstige oder das Verhängnisvolle der Situation.

Genügt es ihm, nach dem Grundsatze, 'Après nous le déluge' einzufahren von der Hand in den Mund zu leben, soll das kompromittierende Verhältnis der Regierung zum Zentrum fortbauern, so ist der solcher Politik günstige Verhältnissfall vom nationalen Standpunkt aus geradezu ein Verhängnis. In diesem Falle sprengt die sozialdemokratische Gochkraft über fünf Jahre alle Dämme, und die schwersten Zustände müssen den Staatskörper beunruhigen. Will die Regierung dagegen handeln, so wird man in der Zusammenhänge des künftigen Reichstags eine ausgesprochene Günstigkeit des Geschicks leben müssen. Sie wird ohne sonderliche Anstrengung bewilligt erhalten, was sie braucht, und kann in aller Ruhe und ohne Unterbrechung den nötigen Umfahrungen vorberreten und inszenieren. Wornin dieser Umfahrungen bestehen kann, welche Wege sich der Regierung bieten, darüber die folgende kleine akademische Ausarbeitungsverhandlung.

Das gewaltige Aufsteigen der sozialdemokratischen Interferenz, die bei uns vorhanden ist, wie sie in allen Staaten oder Teilen vorhanden war, ist eingetreten unter dem Wahlrecht, wie es Bismarck für den deutschen Reichstag geschaffen und hinterlassen hat, ist ferner eingetreten unter einem seit 1879 so oder so inoffiziellen Regime. Alexei Joffe, der gemacht wurden, allerlei Zwischenfälle haben die ungünstige Entwicklung sicherlich beeinflusst; im wesentlichen aber wird sie in Zusammenhang zu bringen sein mit den beiden erwähnten Faktoren, dem Wahlrecht und dem Regime. Je nachdem man den einen von beiden oder beide zusammen verantwortlich machen will, wird man sich entscheiden müssen: entweder man wird das Wahlrecht oder das Regime oder beides zusammen ändern müssen.

Eine Veränderung des Wahlrechts im Sinne einer Einschränkung ist ausgeschlossen. Wie ein volkstümliches Regime an Stelle des gegenwärtigen ausweisen müßte, das zu erörtern wird, ist noch Gegenstand der ersten Seite. Es ist aber festzustellen und festzuhalten, daß das Volk weit mehr erregen und erhitzen, als die von denen der verhängnisvollen Politik ist vielleicht anzunehmen. Der flammende Protest, der in der Abgabe von 3 Millionen sozialdemokratischer Stimmen liegt, zielt nach ganz anderer

Richtung hin. Sagen wir: man fühlt sich unbehaglich im allgemeinen. Und darum muß die Regierung handeln. Sie muß mit Entschlossenheit handeln, nach allen Richtungen hin. Ein Minister, der die feiner Überzeugung nach notwendige Politik nicht durchsetzen kann, darf nicht auf günstigere Stimmungen warten, sondern muß sein Amt niederlegen. So lange er im Amt ist, muß er handeln. Dem der schiebt, gehört die Welt, nicht dem, der sich schieben läßt. Die Welt gehört den Bismarck, den Chamberlain. An den Höfen der Bundesstaaten herrscht die deutsche Unzufriedenheit. Man macht seinen Sehl daraus, wie misgünstig man darüber ist, durch die Schwärze der Berliner Regierung, durch Berliner Vorfälle die Sozialdemokratie ständig wach zu sehen! Man fürchtet ein Unterliegen der Zentren und Zentren. In der Armeegärt es, so leidenschaftlich dieser unserer Bejahung auch widerprochen werden mag. Aus dem Munde jedes älteren Offiziers, mit dem man zusammen kommt, kann man's unter vier Augen hören. Bequeme Leute, die keine Meinung und keinen Willen haben, kommen vorwärts; unbehagliche Männer mögen den Hock ausziehen und sich ein anderes Handwerk suchen. Auch die Armees ist schließlich nicht unverständlich. Und auch darum muß die Regierung handeln; auch darum: 'werde hart, Graf!' pc.

Deutsches Reich.

Vol- u. Verordnungsblätter.

- In dem Forderung der Bonner Studenten am Sonnabend zum Bismarckjubiläum in der Gymnasien, von deren Mitte ein mächtiges Gölzfeuer emporbrach, beteiligten sich auch Prinz Eitel Friedrich und der Herzog von Koburg-Gotha. stnd. jur. Schluß von der 'Memento'-Bonn ist als Antwort auf das beim Hamburger Stimmern abgegebene Gölzungsbescheid aus dem Abkünd des Kaisers folgende Dankbescheid gerichtet worden, in der es heißt: 'Se. Majestät der Kaiser und Königin haben die Meldung von der Weib der Bismarckjubiläum gen. engagengemmen und sich über diesen preiswürdigen Ausdruck der Verehrung der deutschen Vaterländischen Jugend für den vorerwähnten großen Kanzler gefreut.'

Die jüngsten Kravalle in Danzabüste.

Die Geschäftlichkeit politischer Bewegungen steigt so lange in weiten Kreisen unterrichtet zu werden, bis sie sich endlich einmal vor aller Welt in öffentlichen Kravallen und blutigen Gassen Luft gemacht haben. Es hat jedoch in Danzabüste die Meinung verbreitet, daß unsere National-Polen in Polen und Westpreußen im großen und ganzen völlig harmlose Leute wären, die nur dadurch peidatoll ihre nationalen Erinnerungen pflegen, deren Streben nach einer Neu-erhebung des politischen Reiches aber gar keine tatsächliche, sondern rein platonische Bedeutung besitzt, und darum auch Gegenmaßregeln von deutscher Seite nur sächlich wirken könnten. Das war die Meinung des ganzen Volkes bis 1848 bis hin zu den höchsten Regierungskreisen, König Friedrich Wilhelm IV. eingeschlossen. Der polnische Aufstand im Jahre 1848, für den die Polen nämlich alles von deutscher Seite gesezte Gegenentgegenen zu dem einzigen Zwecke mißbrauchten, sich wieder zu einem selbständigen politischen Großherzogtum Polen freizuschaffen, das so gut wie alle Abhängigkeit von Preußen abgeschüttelt hätte, das viele Blut vergossen, das damals in fast ganz Polen der notwendige Zusammenstoß zwischen aufeinanderstehenden Preußen und preußischen Militär herbeiführte, haben die regierenden Kreise Deutschlands darüber unbedingte eines besseren belehrt. Die selben politischen Führer, denen die humanitätstrennende deutsche Bevölkerung Berlin im Jahre 1848 noch in ihrer Kräftigsteit lebende Hudigungen dargebracht hatte, fanden wenige Wochen darauf bis an die Zähne bewaffnet gegen die Deutschen in Polen im Felde. Nach der Niederwerfung dieses Aufstandes gab man auch in Preußen in polnischen Kreise zur Wiederanfertigung Preußen, die sich seitdem noch vermehrt haben, die politische Nationalität, den Nationalismus, die Studenten- und Gummifabrikantenverbindungen, die Sokols, die alle nur die Vorarbeit für gewalttätige politische Erhebungen leisten sollten, nicht mehr als die unschuldigen Spektelzen betrachtet, als die sie früher angesehen wurden - schon deshalb nicht, weil sie unangenehm unerfüllbare Hoffnungen im polnischen Volke nähren und dadurch systematisch und dauernd eine Verödung der Polen mit den gegenwärtigen Zuständen verbinden. Sie erhalten damit fortgesetzt die Polen als ein zu gewalttätiger Erhebung bereites unzufriedenes Bevölkerungselement im preußischen Staatskörper, das lebend auf die wirksamste Schwächung des deutschen Reiches wartet.

In Oberpreußen hat bisher die katholische Geschäftlichkeit das Vorhandensein jeder nationalpolitischen Bewegung abgelenkt. Das Zentrum, welche die dortigen Verhältnisse herrschen, weil es die politischen Wahlstimmen notwendig für seine Reichstagsziele braucht. Und es herrichten auch dort in der Tat andere Verhältnisse als in den eigentlichen polnischen Landestellen Polens und Westpreußen. Der Klerus Oberpreußens ist überwiegend deutsch, während er in Polen fast durchweg polnisch ist. Die polnische Bevölkerung besteht aus ungewanderten Berg-, Industrie- und Landarbeitern, die auf niedriger Bildungsniveau stehen und sich einem vom guten Willen sehr abweichenden Volk, das sog. Poliervolklich angehebt haben. Bis vor einiger Zeit ließ sich die Bevölkerung in der Tat ganz am Gängelbande des deutsch-katholischen Klerus leiten, bis in den letzten Jahren darin eine völlige Umwälzung eingetreten ist. Der Klerus hat sich in Oberpreußen mit der Zustimmung der radikalpolitischen Herrschaft in Oberpreußen mit der Entkommung drohte, sind die Wahlkreise in Danzabüste auf dem Fuß gefolgt. Und heute sieht jeder, zu allererst das Zentrum selbst, welcher gefährliche, auch vor rohen Gewalttäten nicht

zurückweichende Gegner der deutschen Sache dort in der notwen-polligen Arbeiterbevölkerung erwachsen ist. Diese Bevölkerung wollte dem deutschen Zentrum in der Wählerverteilung, die Anlaß zu der Revolte gab, die Antwort auf den Hirtentitel Skopp erstellen und hatte deshalb schon vorher den Verfallungslauf nicht befeht. Nicht genug, dadurch die Verfallung von vornherein unmöglich gemacht zu haben, setzte man die Demons-trationen gegen das Zentrum unter der Devise 'hoch Konstant' (so heißt der polnische Reichstagskandidat) auf den Straßen fort, und als die Parteiführer eintraten, die ja nach einem Ausbruch des polnischen Kriegsministers Proviant u. Schenkstoff die ergebene Hilfe gegen den inneren Feind hin - als dabei wurde ungeschickte Konterierung des Schleichens zum Ende ein Auge ausgehoben wurde, war das Signal zum allgemeinen Angriff auf Beamte, Feuerweh, katholische Geschäftlichkeit und auf das Pfarrhaus gegeben, in dem man den Geistlichen durch einen Steinhauf gegen die Fenster weiterverfolgte. Wir haben berichtet, wie man den Feuerweh mißspielte, die Geräte in den Feld war, Beamte mit Füßen niedertrat und sich erst be-treffend, als Militär anrückte und ein Toter und zahlreiche Verwundete den Platz bedeckten.

Man muß diese Wahlkravalle mit dem Ergebnis der Wahl selbst zusammen nehmen, um zu erkennen, daß sie ein Symptom sind für das überaus große Aufsteigen der nationalpolitischen Bewegung in Oberpreußen. Das ist der Hauptgrund für die Wahlkreise Konstant-Babür - der Zentrumskandidat noch mit 20,256 Stimmen gewählt worden. Dieselbe erhielt er trotz der starken Zunahme der Wähler nur 19,992 Stimmen, während auf den Kandidaten der Polen, Konstant, 11,670 Stimmen entfielen. Soviel haben diese Vorgänge bewiesen, daß die katholische Geschäftlichkeit, die sich so lange dessen selbstbewußt gerührt hat, allein dieser Bewegung durchaus nicht mehr Herr ist. Die Kravalle waren vielmehr in erster Linie gerade gegen die Geschäftlichkeit gerichtet, die am Sonntag von den Kandidaten zum Reich die jungen Zentrumswählerverteilung aufgefodert hatte. Der Erfolg zeigt, daß sie den Boden im Volke verloren hat. - Jetzt wird es an den deutschen Behörden sein, sich genauer mit dieser Bewegung zu beschäftigen. Wenn der Erfolg des Kravalls in Danzabüste, die nachträglich nachgelagere Verfallung der Wählerführer auch abwärts wirken wird, so wird doch erst durch die Agitation von Mund zu Mund die Ereignis weiter zu steigern wissen. Auch hier in Oberpreußen müssen die Deutschen anfangen, zusammenzuhalten, wenn sie sich nicht die Wölfe vor dem eigenen Stalle großhütten wollen. Dem neuen Oberpräsidenten von Sachsen wird hier eine schwere Aufgabe zufallen. Denn leicht wird es nicht sein, die rechten Mittel zu finden, und der Unterhütung des katholischen Klerus wird man dabei nicht entraten können. Sedung des Volkswillens in deutschen Sinne, soziale Reformen werden manches besser können. Jedemfalls haben die Kravalle die betriebende Wahrheit föhnt: Jedermann hat gemacht, daß wir auch in Oberpreußen eine polnische Gefahr haben, die vielleicht weniger bitter-mächtig, weniger unheimlich und gefährlich, weniger stoffen-mäßig vor-gelbt als in den eigentlichen polnischen Landestellen Preußen, die aber dafür um so blinder und fanatischer auftritt und darum eine noch akutere Gefahr für die öffentliche Ordnung in einem dichtbesiedelten wichtigen Industriegebiet Deutschlands bildet als das stille und sich vornehmlich abspielende der anderen polnisch sprechenden Landestelle Preußen. W.

Die bevorstehenden Stichwahlen.

Zur Stichwahl zwischen Fürst Bismarck und dem Sozialisten Volgt im Verhörwahlkreise erfüllt das Wahlkomitee der entscheidenden liberalen und freisinnigen Partei einer Wahl-verein, in dem den Parteifreunden empfohlen wird, nach einem K. Gessenen zu handeln.

Im Verhörwahlkreise, dagegen die Vereinigten Mittelparteien, die Konservativen und Sozialisten, für die Wahl des Freisinnigen Dr. Wiemer gegen den Sozialdemokraten eingetreten. Genio ist es in dem einzigen Wahlkreise in Berlin, der der sozialdemokratischen Partei noch nicht anheim gefallen ist. Dazu laßt sich die 'Soziale Zeitung'. Die Augen aller Deutschen richten sich auf die Stichwahl im ersten Berliner Wahlkreise. Fünf von den sechs Berliner Mandaten hat die Sozialdemokratie schon erobert. Wird auch das sechste Mandat ihr zufallen? Wird in dem Wahlkreise, in dessen Grenzen das Gebiet des Kaisers, die Amtsgänge des Reichstagskanzlers, der Minister, der höchsten Staats- und Reichsbehörden, die G.rie, die Handels-kammer, die Universität liegen, der Kandidat des Bürger-tums vom dem der Sozialdemokratie geblieben werden? Am 16. Juni werden 12,988 Stimmzettel abgegeben, von denen 54 unglücklich waren. Die absolute Mehrheit betrug mithin 6423 Stimmen. Es erhielten Stimmen Dr. von Krosch 5515, Stadtkämmerer Kämpf 4286, Generalmajor v. D. Bartels 2928, Arbeiter Dr. Sieben 278, Reichsanwalt v. Gyzanowski 43 und eine Anzahl anderer Berliner. 19. Hier wird die konterbätige Partei der Freisinnigen gegen die Sozialdemokratische Wahlweise sein.

In Dortmund haben die Vertrauensleute des Zentrumskomitees, mit aller Kraft für den nationalliberalen Kandidaten Hilb eingetreten, da die Sozialdemokraten den Kandidaten des Zentrumskomitees bedrängen hätten. Wichtig ist die Stimmung in ganz Rheinland-Westfalen, wo bisher die Sozialdemokratie überhaupt nur einen Wahlkreis, den Gutes-leber, besaß.

Stimmen und Schule.

- Die Zahl der an deutschen Universitäten studierenden Studenten weist merkwürdigerweise in diesen Schuljahren einen beträchtlichen Rückgang gegen das Vorjahr auf, der sich nach der 'Post-Ztg.' aber aus den in Preußen einflussreichen strengen Bestimmungen gegen die Ausländer in dem Bericht über den Winterhalbjahr 1902/03 an den deutschen Universitäten im ganzen 1271 Frauen zum Verluß von Vorlesungen berechtigt waren, ist diese Zahl in diesem Schuljahr auf ungefähr 850 herabuntergegangen. Besonders auffallend ist der Inter-

